Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend

Anzeigenpreis: Die fünfgespaltene Korpuszeile 20, Reklamezeile 30 Pf.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitzerstraße 10 bis spätestens vormittags 10 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 1,60 Mk. von unseren Boten ins Haus gebracht 1,75 Mk und durch den Briefträger 1,74 Mk.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitzerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 73. | Dienstag, den 24. Juni 1919 | 58. Jahrgang

Das kommende Kabinett.

Die Schwierigkeiten der Kabinettsbildung.

Am Freitag beauftragte der Reichspräsident den Abg. Dr. David mit der Bildung eines Ministeriums. David lehnte jedoch unter Berufung darauf ab, daß eine zweifelsfreie Mehrheit für die bedingungslose Annahme des Friedensvertrages in der Nationalversammlung nicht vorhanden sei, und unter Berufung auf seine schwache Gesundheit. Um die Bildung eines Kabinetts zu ermöglichen, das, gestützt auf die jetzige Regierungskoalition, dem Vertrag die Unterschrift hätte geben können, wurde eine

Note an die Entente

entworfen, in welcher sechs Bedingungen als unerfüllbar und unerträglich bezeichnet wurden und die Erklärung abgegeben wurde, daß, wenn die Entente in diesen Beziehungen entgegenkomme, sich in der Nationalversammlung eine Mehrheit für die Unterzeichnung finden werde. Diese Note wurde Freitag nachmittag von einem engeren Ausschuß des geschäftsführenden Kabinetts ausgearbeitet und dem interfraktionellen Ausschuß vorgelegt.

Das Zentrum war einverstanden damit, daß die von den Demokraten geäußerten Wünsche in einer Note aufgenommen würden. Die Sozialdemokraten lehnten abends in einer Sitzung ihre Zustimmung zur Absendung der Note ab.

Die voraussichtlichen neuen Minister.

In der Nacht zum Sonnabend fand bis gegen 3 Uhr morgens eine inoffizielle Besprechung beim Reichspräsidenten Ebert in Sachen der Kabinettsbildung mit führenden Politikern statt. Der mehrheitssozialistische Führer Hermann Müller schied als Kandidat für die Ministerpräsidentschaft aus; seine Berufung wäre auch auf Widerstand bei seiner Fraktion gestoßen. Die Wahl fiel nun auf den bisherigen Reichsarbeitsminister Bauer. Derselbe hat die Kabinettsbildung übernommen und eine Ministerliste zusammengestellt. Ueber die Zusammensetzung des Kabinetts weiß ein Berliner Mittagsblatt zu berichten:

Das Ministerpräsidium übernimmt der bisherige Arbeitsminister Bauer.
Noske als Reichswehrminister,
Erzberger als Reichseisenbahnminister,
Rechtsanwalt Sinzheimer (Soz.) als Reichsarbeitsminister,
Dr. Preuß als Reichsinnenminister,
Robert Schmidt als Ernährungsminister,
Wissel als Reichswirtschaftsminister,
Giesberts als Reichspostminister,
Dr. David als Minister ohne Portefeuille,
Kolonialminister Dr. Bell,
Unterstaatssekretär Dr. Delbrück, der bisher dem Reichsjustizministerium angehörte, soll dieses Ministerium leiten, ohne jedoch das Ministerium zu übernehmen.

Halbamtlich wird diese Meldung als verfrüht bezeichnet, doch scheint es, daß im großen ganzen mit einem solchen Kabinett gerechnet werden kann. Das Reichsschatzamt soll nach einer Meldung der „Germania" Dr. Mayer-Schwaben übernehmen.

*

Die Demokraten haben als Fraktion den Eintritt in die Regierung abgelehnt, dagegen werden, wie zuverlässig verlautet, demokratische Politiker in die Regierung eintreten. Die Fraktion hat zwar beschlossen, daß sich jedes ihrer Mitglieder außerhalb der Fraktion stellt, das gegen den Fraktionsbeschluß selbständig in die Regierung eintritt. Aber trotz dieses Beschlusses wird auch mit Mitgliedern der demokratischen Fraktion verhandelt, und es kann als wahrscheinlich angenommen werden, daß auch Demokraten in die Regierung eintreten werden. Es steht fest, daß der bisherige demokratische Reichsinnenminister Dr. Preuß, der nicht Mitglied der Nationalversammlung ist, dieses Amt auch in der neuen Regierung ausfüllen wird.

Minister Bauer, der künftige Ministerpräsident, gehörte schon dem Kabinett des Prinzen Max als Arbeitsminister an. Er trat damals mit Scheidemann zusammen als erster sozialdemokratischer Minister in die Regierung ein und leitete das neugegründete Reichsarbeitsamt. Vorher saß er mit Legien zusammen im Vorstand der Generalkommission der freien Gewerkschaften. Er ist gegen den radikalen Flügel in seiner Partei und in der Gewerkschaftsbewegung stets mit großer Schärfe vorgegangen und hat noch auf dem Weimarer sozialistischen Parteitag eine Rede gegen die Radikalisierung der Angestelltenbewegung gehalten, die berechtigtes Aufsehen erregt hat. Dem Reichstag gehörte er als Vertreter von Breslau seit 1912 an.

Kampf um Unterzeichnung oder Ablehnung.

Die politische Lage war am Freitag immer verworrener geworden. Im Laufe des Nachmittags trat wieder der interfraktionelle Ausschuß zusammen und die Demokraten hatten inzwischen sich bereit erklärt, die Koalitionspolitik mitzumachen, wenn der Ausschuß sich auf folgende Formel einigen würde.

Die Unterzeichnung des Friedensvertrages kann nur dann erfolgen, wenn folgende sechs Punkte nach der Unterzeichnung der Entente nahegelegt werden:

1. Danzig, Westpreußen und der Netzedistrikt unterstehen auf zwei Jahre dem Völkerbund.
2. Allgemeine Revision des Friedensvertrages nach zwei Jahren.
3. Der Entschädigungsbetrag wird innerhalb der von der Entente vorgesehenen Frist von einer unparteiischen Stelle festgesetzt.
4. Vom 1. Februar 1920 ab kann Deutschland Anspruch darauf erheben, in den Völkerbund aufgenommen zu werden.
5. Deutschland lehnt das Schuldbekenntnis und
6. die Auslieferung verantwortlicher Männer ab.

Ferner werden eine Volksabstimmung in Kehl, besondere Zollbestimmungen für die Rheinprovinz und besondere Bestimmungen über die Rheinschiffahrt gefordert. Nebenher läuft eine Erklärung, daß wir nur unter Zwang und Protest unterzeichnen.

Der interfraktionelle Ausschuß beschäftigte sich bis in den Abend hinein mit diesem Antrag.

Eine Erklärung der Rechten.

Die Fraktionen der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei haben eine Erklärung erlassen, in der es heißt:

Alle Folgen der Ablehnung des jetzt vorliegenden Friedensvorschlages haben wir uns mit voller Verantwortlichkeit klar gemacht. Wir sind der einmütigen Ueberzeugung, daß sie trotz ihrer Schwere unvergleichlich geringer einzuschätzen sind als die dauernde Versklavung Deutschlands, der wir sonst anheimfallen. Die Annahme dieses Friedensvorschlages bedeutet eine nationale Schmach. Wir verlieren dadurch noch unsere letzten Freunde der Welt. Einem zerstückelten Deutschland droht der wirtschaftliche, finanzielle, politische und moralische Tod. Wir stehen vor der Wahl: Die ungeheure Lüge von Deutschlands Schuld durch unsere Unterschrift zu bekräftigen oder Deutschlands Ehre zu wahren, die besonders durch die Forderung in den Staub gezogen wird, den Deutschen Kaiser und andere deutsche Männer vor ein nichtdeutsches Gericht zu stellen. Um unsere toten Brüder und um der Zukunft unserer deutschen Jugend willen sind wir entschlossen, unser letztes Gut bis zum äußersten zu wahren: Deutschlands reinen Namen vor der Welt. Darum lehnen wir diesen Friedensentwurf ab.

Weitere Proteste gegen die Unterzeichnung.

Inzwischen sind seit Bekanntgabe der feindlichen Vorschläge und der Regierungskrise ungezählte Protesttelegramme aus den Ostprovinzen bei den Regierungsstellen eingelaufen. Ganz deutlich geht aus ihnen allen hervor, daß die unentwegt deutsch gesinnte Bevölkerung sowohl in den Städten, wie auf dem Lande fest entschlossen ist, am Reiche festzuhalten und es gegen jeden Trennungsversuch zu wehren, koste es, was es wolle.

Die Stellung der preußischen Landesversammlung zum Friedensvertrag.

Alle Fraktionen der preußischen Landesversammlung nahmen am Freitag Stellung zu den Friedensbedingungen. Die Stimmung unter den preußischen Fraktionen ist die gleiche wie in Weimar. Sozialdemokraten und Zentrum sind in ihrer Mehrheit für die Unterzeichnung, die Unabhängigen ausnahmslos für Unterzeichnung, Demokraten und Rechte gegen die Unterzeichnung. Es wird bei den Befürwortern des Unterzeichnungsgedankens geltend gemacht, daß bei einer Weigerung die Entente unbedingt das Ruhrrevier und Teile von Süddeutschland besetzen würde, und zwar nach Aufhebung des Waffenstillstandsvertrages. Die neuen Gebiete würden also besetzt werden nach Wiedereröffnung des Krieges, ständen also völlig unter Kriegsrecht und wären von Deutschland gänzlich abgeschlossen. Dies müsse unbedingt zur wirtschaftlichen Krisis führen, da nach den neuesten Meldungen auch die Polen den Vormarsch antreten werden. Man ist deshalb für die Unterzeichnung und will den Versuch machen, noch einige Abänderungen herbeizuführen.

Nachmittags fand zwischen Vertretern der preußischen Regierung und den Vertretern der Regierungsparteien eine eingehende Besprechung der Lage statt. Für den Fall, daß die Demokraten vollständig aus dem Reichskabinett ausscheiden, dürfte auch die preußische Demokratie ihre Vertreter in der preußischen Regierung zurückziehen.

Die bayerische Regierung

beschloß, daß sie nur einer bedingten Annahme des Friedensvertrags zustimmen könnte.

Das badische Volk für die Unterzeichnung.

Die badische Arbeiterschaft ist mit anderen weiten Kreisen der badischen Bevölkerung der Auffassung, daß eine Unterzeichnung des Friedensvertrages aus zwingenden Gründen notwendig geworden sei. In diesem Sinne haben sich die sozialdemokratische Landtagsfraktion, die Landeszentrale der badischen Gewerkschaftskartelle und die Landeszentralstelle der Arbeiter-, Bauern- und Volksräte Badens an die sozialdemokratische Fraktion der deutschen Nationalversammlung in Weimar telegraphisch gewandt.

Sprengung des Mehrheitsblocks.

Wie in Weimar von Stunde zu Stunde die Bilder kaleidoskopartig wechseln, erhellt die Tatsache, daß in dem Augenblick, wo der Regierungsblock gefestigt schien, Ereignisse eintraten, die ihn endgültig gesprengt zu haben scheinen. Im letzten Augenblick zogen die Sozialdemokraten ihre Zustimmung zu dem demokratischen Antrag zurück und stellten sich auf den Standpunkt, daß bedingungslos unterzeichnet werden müßte. Das Zentrum erklärte, auf seinem alten Standpunkte bleiben zu müssen, der nur einige ehrenrührige Stellen des Vertrages aufgehoben haben möchte, während die Demokraten auf ihrem Standpunkte stehen bleiben. Damit kann der Block endgültig als gesprengt angesehen werden.

*

Erzbergers Fühlungnahme mit der Entente?

Reichsminister Erzberger hat bereits, wie der Weimarer Vertreter der „Köln. Ztg." hört, mit der Entente Fühlung genommen durch eine Anfrage in Versailles, wie sich der Verband hinsichtlich einer Nachgiebigkeit in den bekannten Punkten stelle würde, welche die Ehre der deutschen Nation antasten. Daraufhin habe die Entente einstweilen unverbindlich durchblicken lassen, daß sie einem Nachgeben in dem Ehrenpunkt nicht abgeneigt sei. Aufgrund dieser Fühlungnahme sei jetzt ein offizieller Schritt in dieser Richtung unternommen worden. Man hofft, bis Montag eine Antwort des Verbandes zu haben, und dann erst will man ein Kabinett bilden, dem auch die Demokraten wieder angehören können.

*

Kein Ultimatum?

Nach einer Mitteilung des Oberst House ist der den Deutschen gestellte Termin bis 24. Juni in keiner Weise als Ultimatum aufzufassen, und man müsse daraus nicht schließen, daß die Verhandlungen abgebrochen würden. Von Deutschland erwartet man eine befriedigende Antwort, die jedenfalls Anlaß zu weiteren Verhandlungen bieten wird.

*

Die neuen Kriegsvorbereitungen der Entente.

Die militärischen und maritimen Vorbereitungen der Alliierten für die Fortsetzung der Kriegshandlungen sind nach einer Pariser Drahtmeldung vollendet. Foch hat 750 000 Mann bereitstehen, die am Dienstag früh vom Rhein aus vorrücken werden. Die Armeen sind bereits auf dem Wege nach den Konzentrationslagern. Die Amerikaner werden in einer Front von 37 Meilen in der Richtung auf Kassel vorrücken. Dienstag beginnt die englische Kavallerie eine Bewegung östlich des Rheines. Auch die Belgier bei Düsseldorf und die Franzosen bei Mainz sind bereit. In den drei Hauptbrückenköpfen, Köln, Koblenz, Mainz, stehen die alliierten Vorposten 20 Meilen östlich des Rheins. Es wird leicht sein, in ein paar Stunden Frankfurt, Essen und das ganze rheinisch-westfälische Industriegebiet zu besetzen.

Ein englisches Geschwader von neun bis zwölf leichten Kreuzern und einer Anzahl Torpedo- der starken englischen Seemacht anschließen, die sich jäger ist in Kopenhagen eingetroffen und wird sich bereits in der Ostsee befindet. Wenn die Deutschen nicht sofort unterzeichnen, wird die Flotte eine sehr scharfe Blockade der deutschen Küste beginnen und die Nahrungsmittelzufuhr stillegen.

Auch die Luftstreitkräfte der Alliierten sind bereit und mit großen Bombenwerfzeugen versehen, die im vergangenen Jahre in England für ein Bombardement von Berlin gebaut worden sind. Sie können die Entfernung vom Rhein nach Berlin in vier Stunden zurücklegen und werden je 500 Kgr. Bomben mit sich nehmen. Auch sämtliche großen Kriegsschiffe haben ein bis zwei Flugzeuge an Bord und diese würden die Städte Deutschlands leicht angreifen und bombardieren können. Die verbündeten Regierungen haben Marschall Foch alle Vollmachten erteilt, damit er von Montag abend 7 Uhr an allein verfügen kann. Foch habe auch den Oberbefehl über die tschecho-slowakische, die rumänische und die polnische Armee erhalten.

Abgeschlagener polnischer Angriff.

Abgeschlagener polnischer Angriff.

In der Nacht zum 19. d. Mts. griffen starke polnische Kräfte (etwa 600 Mann) mit Panzerkraftwagen die in vorderster Linie liegenden zwei Kompagnien des aus Eisenbahnern bestehenden Bataillons Bromberg bei Netzwalde an. Der Angriff wurde durch die wachsamen Verteidiger unter großen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119190624-15/fragment/page=0001

Verlusten der Polen an Toten und Verwundeten respektive abgeschlagen. Beute und Gefangene fielen in unsere Hand. Die Verluste der tapferen Eisenbahner, die die deutsche Stadt Bromberg zum zweitenmal vor einem polnischen Angriff bewahrt haben, betragen drei Tote und sechs Verwundete.

Die Polen haben im Kreis Birnbaum bis auf 20 Kilometer östlich der Demarkationslinie alle deutschen Männer über 17 Jahre interniert und weggeführt.

* * *

Dr. Gaigalat, der bekannte litauische Hetzapostel, wurde, als er von einer Reise aus Kowno zurückkehrte, in Eydtkuhnen verhaftet und der Staatsanwaltschaft in Insterburg zugeführt.

In Allenstein ist der Redakteur der dortigen polnischen „Gazetta Olsztynska", Nowakowski, auf Veranlassung der Regierung wegen dringenden Verdachts des Hochverrats und in Orielsburg der Redakteur Jaroszyk des dortigen polnischen „Mazur" festgenommen worden.

Keine Abstimmung über die Unterzeichnung.

Wie der Weimarer Vertreter der „Germania", des führenden norddeutschen Zentrumsblattes, zuverlässig erfährt, soll in der Nationalversammlung eine Abstimmung darüber, ob der Friedensvertrag unterzeichnet werden soll oder nicht, nicht stattfinden. Wann die Ratifizierung des Friedensvertrages durch die Nationalversammlung erfolgt, steht noch nicht fest, jedenfalls erst dann, wenn der Vertrag durch alle beteiligten Staaten unterzeichnet worden ist.

° **Die nächste Sitzung der preußischen Landesversammlung** wird vermutlich erst am Mittwoch abgehalten werden.

° **Rücktritt der Braunschweiger Regierung.** Infolge der letzten Landtagssitzung, in der alle Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen die Politik des mehrheitssozialistischen Ministerpräsidenten Jasper billigten und ihm ein Vertrauensvotum, den beiden unabhängigen Volksbeauftragten ein Mißtrauensvotum aussprachen und deren Austritt aus der Regierung verlangten, haben alle Mitglieder des Kabinetts ihre Ämter niedergelegt. Sie führen die Geschäfte bis Dienstag weiter. Der Verlauf der Landtagssitzung war für das ganze Land von außerordentlicher Bedeutung. Die Politik der Unabhängigen und Kommunisten hat dabei eine schwere Niederlage erlitten. Wie verlautet, sollen die beiden mit einem Mißtrauensvotum bedachten Volksbeauftragten im Kabinett durch je einen bürgerlichen und mehrheitssozialistischen Landtagsabgeordneten ersetzt werden, da auch die Mehrheitssozialisten von einem ferneren Zusammenarbeiten mit den Unabhängigen in der Regierung nach den langen schlechten Erfahrungen nichts mehr wissen wollen.

° **Die Beamten der Ostmark.** Der Kreistag des Landkreises Konitz beschloß, aus den Ueberschüssen der Kriegswirtschaft sofort 150 000 Mark bei der Girozentrale Berlin zu hinterlegen als Sicherheit für die vom Kreise pensionsberechtigt angestellten Beamten für den Fall des Ueberganges des Kreises an Polen. Wenn die Beamten politische Dienste nicht annehmen wollen oder trotz etwaiger Bereitwilligkeit abgewiesen werden, soll ihnen von der hinterlegten Summe das volle Jahreseinkommen bis zu ihrer Wiederanstellung in anderen Reich-, Staats- oder Kommunalämtern weitergezahlt werden.

° **Groß-Berlin.** Der Gesetzentwurf über die kommunale Neugestaltung von Groß-Berlin ist nunmehr im Ministerium des Innern festgestellt und den beteiligten Gemeinden und Gutsbezirken zur Stellungnahme zugegangen; erst dann wird er der Staatsregierung zur Genehmigung und später der Landesversammlung vorgelegt werden.

Der Entwurf hat davon Abstand genommen, den Zweckverband weiter auszubauen oder eine besondere Provinz Berlin zu bilden; er hat vielmehr auch unter Ablehnung der Konstruktion einer Gesamtgemeinde für das neue Groß-Berlin die Form einer Einheitsgemeinde bei Auflösung des Zweckverbandes gewählt, wobei der neugebildete Stadtkreis Groß-Berlin aus dem Provinzialverbande der Provinz Brandenburg ausscheidet. Für die Auseinandersetzung mit den Restkreisen und der Restprovinz ist ein besonderes Schiedsgerichtsverfahren vorgesehen.

Der neue Stadtkreis umfaßt 8 Stadtgemeinden, 45 Landgemeinden und 21 Gutsbezirke.

+ **Bela Kun über die auswärtige Politik.** Im ungarischen Rätekongreß hielt Bela Kun eine große Rede über die auswärtige Politik und führte u. a. nach der schärfsten und heftigsten Kritik an dem Vorgehen der Entente und an den Entwürfen von Versailles aus: Der Schwerpunkt der internationalen Frage liegt heute darin, daß die Deutschland und Deutsch-Oesterreich diktierten Friedensbedingungen jede kapitalistische Wirtschaft unmöglich machen. Aber wie in Deutschland die Revolution ausbrach, wird auch die Entente dieses Schicksal erreichen. Trotzdem sage ich: Schließen wir Frieden, wenn es geht. Auf die Note Clemenceaus können wir heute nur antworten, daß wir bereit sind, über den Frieden zu beraten. Wir wollen nicht nur mit der Entente, sondern auch mit den feindlichen Staaten um uns her verhandeln, die auf uns angewiesen sind, und auf die wir angewiesen sind. Wir müssen zu einer Vereinbarung gelangen, wenn es gelingt, auch nur ein wenig anständigere Grenzen zu erhalten. Wir betonen aber im voraus: Wir schließen einen Frieden, der nicht länger gelten wird, als der Friede von Brest. Jedoch werden wir ihn nicht umstürzen, sondern das tschechoslowakische, südslawische und rumänische Proletariat.

* * *

+ Rom. Nach Bekanntwerden des Sturzes der Regierung kam es in Rom zu blutigen Schlägereien, an denen sich auch Militär beteiligte.

+ London. Die Unterhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der englischen Baumwollindustrie sind abgebrochen worden. An dem bevorstehenden Streik sind eine halbe Million beteiligt.

Die deutsche Kriegsflotte versenkt.

London, 21. Juni. (Reuter) Die Admiralität teilt mit: Heute Vormittag ist eine Anzahl der internierten deutschen Schiffe in der Scapa-Bucht von den Besatzungen verlassen und versenkt worden. Die Besatzungen befinden sich in sicherem Gewahrsam.

London, 21. Reuter. Reuter meldet amtlich: Alle in der Scapabucht internierten deutschen Schlachtschiffe und Schlachtkreuzer, mit Ausnahme des Schlachtschiffes „Baden" sind versenkt worden. Desgleichen wurden fünf leichte Kreuzer versenkt, während die übrigen drei durch dort befindliche Schleppdampfer auf Strand gesetzt wurden. 18 Zerstörer wurden auf Strand gesetzt, 4 sind schwimmend, der Rest ist versenkt worden.

Der deutsche Kontreadmiral und die meisten Deutschen an Bord der Schiffe befinden sich unter Bewachung auf britischen Kriegsschiffen.

Einige Boote der Schiffe, die zum Stoppen aufgefordert wurden, weigerten sich dies zu tun und wurden beschossen. Eine geringe Anzahl Deutscher wurde getötet und verwundet. Entsprechend den Waffenstillstandsbedingungen waren die Schiffe mit geringen deutschen Besatzungen ohne britische Wache an Bord interniert gewesen.

London, 21. Juni. (Reuter) Ein Telegramm aus Edinburg meldet: Es waren Vorkehrungen getroffen worden, um die deutsche Flotte am Montag zu besetzen, falls der Friede gezeichnet wurde, da die Schiffe in diesem Falle automatisch an die Alliierten übergegangen wären. Die deutsche Besatzung der jetzt versenkten Schiffe hatte diese Absicht indessen vorausgesehen.

Weimar, 22. Juni. Der Reichs-Ministerpräsident hat im Namen der Reichsregierung heute Nachmittag durch den Gesandten Haniel zugleich mit dem Abstimmungsergebnis der Nationalversammlung über die Vertrauensfrage eine Note übereichen lassen, in der es u. a. heißt:

Die Regierung der deutschen Republik ist durch das am 23. Juni ablaufende Ultimatum vor die Entscheidung gestellt, den Friedensvertrag zu unterzeichnen oder die Unterzeichnung zu verweigern. Das deutsche Volk will nicht die Wiederaufnahme des blutigen Krieges, es will aufrichtig einen dauernden Frieden. Angesichts der leidenschaftlichen Kundgebungen der Bevölkerung aus den im Osten abgetretenden Gebieten sieht sich die Regierung genötigt, alle Verantwortung für etwaige Schwierigkeiten, die aus dem Widerstand der Bewohner gegen ihre Loslösung von Deutschland sich ergeben könnten, abzulehnen. Die Regierung ist aber bereit, die Forderungen der Alliierten unter nachstehendem Vorbehalt zu unterzeichnen:

Das deutsche Volk erwartet die Rückgabe sämtlicher deutscher Gefangener vom 1. Juli ab. Die Regierung verpflichtet sich, die Friedensbedingungen zu erfüllen, muß aber betonen, daß die Bedingungen das Maß dessen überschreiten, was Deutschland tatsächlich leisten kann und daher jede Verantwortung gegenüber den Folgen ablehnen, die über Deutschland verhängt werden könnten, wenn die Undurchführbarkeit der Bedingungen auch bei der schärfsten Anspannung der deutschen Leistungsfähigkeit in die Erscheinung tritt.

Sodann folgt der Vorbehalt wegen der alleinigen Urheberschaft Deutschlands am Kriege und die Ablehnung der Artikel 227 bis 230. Schließlich wird die Erwartung ausgesprochen, daß die feindlichen Regierungen die nachstehende Erklärung als wesentlichen Bestandteil des Vertrages ansehen werden:

Innerhalb zweier Jahre vom Tage der Unterzeichnung des Vertrages ab gerechnet, werden die alliierten und assoziierten Regierungen den gegenwärtigen Vertrag dem hohen Rat der Mächte, so wie er vom Völkerbund nach Artikel 4 eingesetzt ist, zwecks Nachprüfung unterbreiten. Vor diesem hohen Rat sollen die deutschen Bevollmächtigten genau dieselben Rechte und Vorrechte genießen, wie die Vertreter der anderen kontrahierenden Mächte des gegenwärtigen Vertrages. Dieser Rat soll über die Bedingungen des gegenwärtigen Vertrages entscheiden, die die Rechte der Selbstbestimmung des deutschen Volkes beeinträchtigen, ebenso wie über die Bestimmungen, durch welche die freie gleichberechtigte wirtschaftliche Entfaltung Deutschlands behindert wird.

Es folgt sodann die bereits gemeldete Zustimmungsformel der Reichsregierung.

Die Alliierten fordern bedingungslose Annahme der Friedensbedingungen.

Amsterdam, 23. Juni. (Sonderdepesche) Das Reutersche Bureau meldet aus Paris, daß Clemenceau, Wilson und Lloyd George auf die deutsche Note, die um 7 Uhr abends überreicht wurde, bereits beantwortet haben in dem Sinne, daß die Zeit für Diskussionen, Einschränkungen und Vorbehalte vorbei sei und die deutschen Vertreter unzweideutig den Friedensvertrag als Ganzes wie er vorliegt annehmen müssen oder nicht. Nach der Unterzeichnung müssen die alliierten und assoziierten Mächte Deutschland für die Durchführung jeder Bedingung des Vertrages verantwortlich machen.

Vor einem Streik der Postbeamten?

Berlin, 21. Juni. Ein Streik der Postbeamten in Berlin, Hamburg und Westdeutschland steht unter Umständen nahe bevor. Gestern fand in Berlin eine Versammlung der Post- und Telegraphenbeamten und -Beamtinnen aller Dienstgrade statt, die von mehreren tausend Personen besucht war. Die Stimmung war sehr erregt. Den Organisationen der mittleren und unteren Postbeamten wurde vorgeworfen, daß sie vollständig versagt hätten. Man verlangt Gleichstellung mit den Eisenbahnern und hat auch vor kurzem an den Reichspostminister nach Weimar in diesem Sinne telegraphiert. Der Reichspostminister hat auch geantwortet, daß er die Forderungen der Postbeamten mit wärmster Befürwortung den Reichsfinanzministerium unterbreitet hat. In der überaus lebhaften Debatte machte sich starke Streiklust bemerkbar. Es wurde eine Kommission gebildet, die damit betraut ist, dem Reichspräsidenten und dem Reichsfinanzministerium sofort entsprechende Forderungen zu unterbreiten und auf den Ernst der Lage hinzuweisen.

Eisenbahnerstreik in Jena.

In Jena sind die Eisenbahnangestellten und Arbeiter in den Ausstand getreten. Der Eisenbahn-Güter- und Personenverkehr ruht vollständig. Die Streikenden fordern den Rücktritt des Eisenbahnpräsidenten von Erfurt und des Leiters der Eisenbahnwerkstätte in Jena, Regierungsbaurat Jung Letzterer ist bereits von seinem Posten zurückgetreten. Als zweite Forderung haben die Arbeiter die Zurückziehung der Reichswehrtruppen aus Erfurt verlangt.

Der Zwischenfall auf der Erfurter Eisenbahndirektion beigelegt.

In dem Zwischenfall auf der Eisenbahndirektion in Erfurt ist zwischen dem preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten und den Vertretern der Erfurter Beamten und Arbeiter eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt worden: Die am Sonntag als Dezernenten und als Präsident der Eisenbahndirektion unrechtmäßig eingesetzten Beamten und Arbeiter treten sofort von ihren Posten zurück so daß die ordnungsmäßig bestellten Beamten ihre Aemter wieder übernehmen. Der Minister entsendete einen Kommissar nach Erfurt zur Untersuchung der erhobenen Beschwerden und tritt bei der Reichsregierung für die Zurückziehung der Regierungstruppen ein. Die Beamten- und Arbeiterorganisationen leisten dagegen Gewähr für volle Aufrechterhaltung des Betriebes und für Ruhe und Ordnung auf der Eisenbahn.

Provinz und Nachbarstaaten.

Teuchern, den 23. Juni 1919.

— **Die Zahlung von Militär Versorgungsgebührnissen** wird nach einer Verfügung des Reichspostministeriums zunächst versuchsweise auch in den Ortsbestellbezirken durch die Briefträger geschehen, jedoch nur an solche Personen, die durch eine Bescheinigung der Ortsbehörde, der amtlichen Fürsorgestelle oder der Polizeibehörde nachweisen, daß sie infolge schwerer Kriegsverletzung oder aus anderen Gründen ihre Gebührnisse nicht selbst abholen und auch nicht durch Angehörige abholen lassen können.

— **Erhöhung der Zündholzpreise.** Die fortdauernde Steigerung der Gestehungskosten für Zündhölzer hat es notwendig gemacht, die seit dem März 1919 bestehenden Höchstpreise für inländische Zündhölzer heraufzusetzen. Im Kleinhandel beträgt der Preis für ein Paket von 10 Schachteln jetzt nicht mehr 55 Pfg., sondern 65 Pfg., für 2 Schachteln 13 Pfg., statt 11 Pfg.

— Ein, allen alten und wohl auch den jüngeren Teucheranern, die noch Sinn für Natur haben, bekanntes Wahrzeichen hiesiger Gegend, die große Eiche, in Flur Lagnitz ist im Absterben begriffen. Schon seit Jahren kränkelnd, zeigt der mächtige, ca. 5¼ m im Umfang messende Stamm, nur noch wenig grüne Zweiglein und dürfte im nächsten Jahre kaum wieder ausschlagen. Alle menschlichen Bemühungen das Eingehen zu verhüten, waren leider vergeblich. Der Jahrhunderte alte Baum ist vermutlich der letzte Rest des einst Teuchern umgebenden Urwaldes.

— **Die Reichsbanknote zu 50 Mark** mit dem Datum vom 20. Oktober 1918 wird, wie das WTB. von zuständiger Stelle erfährt, demnächst außerfuren werden, wobei eine Einlösungsfrist von nur wenigen Wochen vorgesehen ist. Es empfiehlt sich, diese möglichst bald bei einer Dienststelle der Reichsbank, einer öffentlichen Kasse oder einem Geldinstitut zum Umtausch vorzulegen.

— Am Sonntag, den 22. Juni hatten sich zu dem **Vorturner- und Spielleiterkursus** in der Oberrealschulturnhalle in Zeitz 61 Teilnehmer bezw. Teilnehmerinnen eingefunden. Infolge Zugverspätung konnten die Beteiligten erst um 11¼ Uhr eintreffen, soweit sie aus der Richtung von Weißenfels herkamen. In der Vereinigungsklasse wurde der Kursus durch den Gauvertreter des Weiße Elstergaues Neumann-Teuchern kurz eröffnet. Der turnerische Leiter des Kursus, Bezirksturnwart Lehrer Beier, Weißenfels, führte in Gröben hielt dann zunächst einen Vortrag über: "Geistiges Turnen". Hieran schloß sich Regenturnen am Barren und Pferd mit je 16 Teilnehmern. Die Barrenriege turnte unter Leitung von Albrecht Schneider, Kaufm.-To., Zeitz und die Pferdriege unter Leitung von Richard Melzer, Turnerbund, Zeitz. Das Reckturnen an zwei Recken und zu gleicher Zeit leitete Lehrer Beier. Darauf folgten Ordnungs- und Freiübungen sowie einige Spiele, die bis 3½ Uhr dauerten. Vollbefriedigt von dem Gebotenen verließen die Teilnehmer die Turnstätte, um sich in 14 Tagen am 6. Juli wieder zusammen zu finden.

— **Eilpakete zwecklos.** Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die Versorgung der Großstädte mit Lebensmitteln erfolgt heute infolge Einschränkung des Eisenbahngüter- und Frachtverkehrs zu einem großen Teil in Postpaketen. In der Annahme, eine beschleunigte Beförderung zu erreichen, werden die Sendungen häufig mit der Aufschrift „durch Eilboten" versehen. Die Annahme trifft jedoch nicht zu. Unterwegs werden die Eilpakete vielmehr zusammen und vermischt mit anderen Paketen befördert. Erst am Bestimmungsort werden sie besonders ausgeschieden und durch Eilboten bestellt. Nun sind von den 50 000 zurzeit in Berlin täglich eingehenden gewöhnlichen Paketen reichlich 11 000 Stück als durch Eilboten zu bestellen bestimmt, d. h. etwa 100 gefüllte Paketbestellwagen. Das führt zur Beeinträchtigung der Einzelsendung. Das Publikum täte gut daran, das teure Eilbestellgeld zu sparen.

— Wie wir schon erwähnten wir am 30. ds. Mts. die **Vereinigung der Handwerker und Gewerbetreibenden Teuchern und Umgegend** ihre erste größere Versammlung im Saale des Norddeutschen Hofes abhalten. Als Beginn ist abends 7 Uhr in Aussicht genommen. Die entworfenen Satzungen sollen durchberaten werden.

— **Schutz den Telegraphenanlagen!** Eins der wichtigsten Verkehrsmittel bilden die Reichs-, Telegraphen- und Fernsprechanlagen. Dennoch werden diese Anlagen vielfach vorsätzlich oder fahrlässig beschädigt. Besonders häufig finden eine Zertrümmerung der Porzellanglocken durch Steinwürfe usw. statt: öfters werden auch Drahtstücke auf die Leitung geworfen, in letzter Zeit wurden sogar wiederholt Leitungsdrähte aus den Telegraphen- und Fernsprechlinien herausgeschnitten und gestohlen. Hierdurch sind empfindliche Störungen im Betriebe und Nachteile für die Heeresleitung und das Publikum entstanden. Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich bedroht derartige Handlungen mit hohen Strafen.

Derjenigen Personen, welche die Urheber ermitteln und zur Anzeige bringen, sodaß sie zum Ersatz und zur Strafe herangezogen werden können, zahlt die Ober-Postdirektion Belohnungen deren Höhe nach der Schwere des Falls bemessen wird. Die Belohnungen werden auch dann bewilligt,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119190624-15/fragment/page=0002

wenn die Schuldigen wegen jugendlichen Alters oder sonstiger persönlicher Gründe gesetzlich nicht haben bestraft oder zum Ersatz herangezogen werden können, desgleichen wenn die Beschädigung noch nicht ausgeführt, sondern durch rechtzeitiges Einschreiten der zu belohnenden Person verhindert worden ist. Bedingung bleibt nur, daß der Tatbestand soweit festgestellt wird, daß gegen die Schuldigen eingeschritten werden kann.

Hohenmölsen, 18. Juni. Gestern tagte hier im Rathaussaale die Kreissynode, zu welcher die 17 Pfarrbezirke des Kirchenkreises Hohenmölsen ihre Vertreter gesandt hatten. Trotz der vielen Arbeit, welche die Jahreszeit jetzt dem Landbewohner bringt, waren fast alle Mitglieder erschienen, und trotz der Hitze des Sommernachmittags hielt die Versammlung in fleißiger Arbeit von 2 bis 7 Uhr aus. Es wurden, um nur die Hauptsachen zu erwähnen, die notwendigen Ergänzungswahlen vorgenommen, indem sowohl der Vorstand der Kreissynode, bestehend aus Herren Sup. Lic. Seitz, Pfarrer Georges, Oberpfarrer Plagemann, Dr. Carlson und Bürgermeister Rose, als auch die Synodalagentur Pastor Manitius für Heidenmission, Scharf für Innere Mission, Hennig für Gustav-Adolf-Verein, Eichhorn für evang. Bund und Kirchenmusik, Mackenrod für kirchliche Jugendpflege wieder gewählt wurden; es wurde das Rechnungswesen sowohl der Synode als der einzelnen Kirchengemeinden erledigt. Die beiden wichtigsten Punkte der Tagesordnung waren der Bericht über die kirchlich-sittlichen Zustände des Synodalkreises durch den Vorsitzenden und der Vortrag der das vom Konsistorium gestellte Thema: „Die Geschichte der Volkshochschule in ihrer Bedeutung für die evang. Kirche," dessen Bearbeitung Oberpfarrer Plagemann aus Teuchern übernommen hat. Sup. Lic. Seitz hatte es sich bei seinem Bericht zur besonderen Aufgabe gemacht, die Einwirkung der Revolution auf das kirchliche Leben des Kirchenkreises nachzuweisen, und er mußte auf viel Bedauerliches: Rückgang des Kirchenbesuches, der Teilnahme am Abendmahl und des kirchlichen Vereinslebens, Zunahme der Sonntagsentheiligung besonders durch Tanzlustbarkeiten, Mangel des Respekts vor der Obrigkeit, Ueberhandnahme von Unsittlichkeit und von Feld- und Einbruchsdiebstahl, hinweisen. Demgegenüber ermunterte er, daß die Kirchenältesten und die kirchlich gesinnten Mitglieder umso treuer durch Bekenntnis, durch gutes Beispiel, in hoffnungsfreudiger Liebe und unverdrossener Barmherzigkeitserweisung auf ihre Mitchristen einwirken möchten. Im Anschluß daran beschloß die Synode, sich mit 2 Kundgebungen betr. Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen und Beibehaltung des Religionsunterrichtes in der Schule an die Oeffentlichkeit und an die staatlichen Behörden zu wenden. Durchaus zeitgemäß war das Thema der Volkshochschule und seine Behandlung zeugte von dem sozialen Interesse der Synode. Nur einige wenige Gedanken: Der Reformator Grundtvig in Dänemark gründete Volkshochschulen, in welchen junge Leute, Arbeiter, Knechte und Mägde vom 18. Lebensjahre an mehrere Monate lang Unterricht und Bildung genossen, und unter dem Einfluß christlicher Persönlichkeiten standen. Vornehmlich dieser Einrichtung ist es zu danken, daß das durch Kriegs- und andere Not sehr gedrückte dänische Volk sich wieder erhoben hat. Aehnlich dürfte die Volkshochschule ein Mittel sein, durch welches unser armes, der Verzweiflung nahes Volk wieder hochkommt, Zeit hat jetzt unsere Jugend genug. Helfen wir ihr, dieselbe recht zu verwenden, und stellen wir unser Wissen und uns selbst ihr zur Verfügung. Das Beste aus der Besprechung war, als ein Herr aus seiner kleinen Dorfgemeinde berichten konnte, wie sich junge Burschen im Vertrauen zu ihrem früheren Lehrer an diesen gewandt mit der Bitte, er möchte ihnen helfen ihre Zeit besser zu verwenden als die andern taten. Das ist ein kleiner Anfang einer Hochschule. Endlich sei noch der Bericht von Pfarrer Manitius über das Werk der Kriegszeit erwähnt. Auch an diesen schloß sich eine Kundgebung der Kreissynode an, eine Protesterklärung wegen der von England beabsichtigten Vernichtung der deutschen Missionsarbeit.

Zeitz, 19. Juni. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurden die Verdienste des nach Breslau berufenen Oberbürgermeisters Jaenicke durch den Vorsteher gewürdigt. Nach längerer Debatte wurde schließlich ein Antrag auf Ausschreibung der Stelle angenommen. Der Vorsitzende gab ferner ein Schreiben des Oberbürgermeisters Kelp bekannt, in dem sich dieser unter Bezugnahme auf den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, der den Rücktritt der beteiligten und unbesoldeten Magistratsmitglieder fordert, bereit erklärt, von seinem Amt als Bürgermeister zurückzutreten, wenn ihm die städtischen Körperschaften die Zusicherung des unverkürzten Gehaltsbezuges bis Ablauf seiner Wahlzeit am 28. März 1921, geben. Das Gesuch wurde nach längerer Aussprache der Ratskommission überwiesen.

Halle a. S., 19. Juni. Der Magistrat der Stadt Halle beschloß, die Zuschläge der Einkommensteuer von 220 auf 328 Prozent, die Zuschläge zur Realsteuer von 221 auf 280 Prozent und die Benutzungsgebühr von 1,5 Prozent des Nutzwertes der Wohnungen auf 2,4 Prozent zu erhöhen.

Dessau, 18. Juni. In einer bis in die Nacht andauernden Schwurgerichtssitzung fällte heute früh der Vorsitzende das Urteil gegen fünf meist noch junge Feldgraue. Sie waren wegen Totschlags und Raubmordes gegen den Viehhändler Katz aus Raguhn angeklagt, den sie auf der Chaussee in gemeiner Weise niederschlugen und um einige tausend Mark beraubten. Der Haupttschuldige, Hohmann, wurde zum Tode, drei Angeklagte zu je 12 Jahren Zuchthaus und ein anderer zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Magdeburg, 21. Juni. Die Arbeit in den metallindustriellen Großbetrieben Magdeburgs (Krupp, R. Wolf, Maschinenfabrik Buckau usw.) ruht seit einigen Tagen vollständig. Schon seit Wochen waren neue Lohnforderungen der Metallarbeiter bekannt, diese verlangten 60 Pfg. die Stunde mehr. Die Industriellen wissen nach, daß damit der Zusammenbruch der Werke und deren Schließung sich ergeben müsse. Sie erklärten, daß einzelne Magdeburger Werke schon jetzt monatlich bis zu 500 000 Mk. an Unterbilanz nachweisen. Trotzdem waren die Industriellen schließlich bereit, einem Spruch des Schlichtungsausschusses zu folgen, der 20 Pfg. die Stunde mehr vorsah. Selbst darüber hinaus war man, da die Metallarbeiter nicht zustimmten, geneigt, bis zu 30 Pfg. zu geben. Da entstand plötzlich ein Aufstand der Heizer in den Werken. Diese fordern Gleichstellung mit den gelernten Arbeitern. Infolgedessen ruhen nun alle Betriebe, und die Abstimmung der Metallarbeiter wird einfach unterlassen. Es handelt sich um rund 13 000 Arbeiter.

Erfurt, 19. Juni. Gestern vormittag zwischen 11 und 12 Uhr sind unerwartet Truppen der Reichswehrbrigade 16 in Erfurt eingezogen. Sie kamen von Eisenach und Weimar her, und zwar größtenteils zu Fuß, weil sich die Eisenbahner geweigert hatten, die Soldaten zu befördern, da ja der Einmarsch wegen der bekannten Eisenbahnerangelegenheit erfolgte. Die Truppen — Infanterie, Kavallerie, Artillerie und Maschinengewehrabteilungen — stehen unter dem Befehl des Generals Moerker, der ebenfalls in Erfurt eintrat. Besetzt sind nur das Gebäude der Eisenbahndirektion und einige andere Gebäude. Bei der Eisenbahndirektion wurden die früheren Beamten wieder eingesetzt, und war von der Regierung Oberbaurat Pattée beauftragt worden, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Gegen Abend kamen in der Nähe des Bahnhofs zu gelegentlichen Menschenansammlungen. Um 7 Uhr wurden die Menschenmengen so groß und so unruhig, daß das Militär zur Räumung des Bahnhofsplatzes schritt. Dabei wurde zwar geschossen, doch fast nur in die Luft. Im Zusammenhang mit diesen Aufläufen verhängte General Moerker den Belagerungszustand über den Stadtbezirk Erfurt und setzte ein außerordentliches Kriegsgericht ein, daß für alle Verbrechen und schwere Vergehen zuständig ist. Wirtschaftsschluß ist auf 10 Uhr abends angeordnet. Die Straßen und Plätze dürfen zwischen 10½ Uhr abends und 4 Uhr morgens im allgemeinen nicht betreten werden. Zivilpersonen dürfen keine Waffen tragen: über Waffenablieferung ergeht besondere Anordnung. Aufzüge und Versammlungen unter freiem Himmel sind verboten: Versammlungen in geschlossenen Räumen nur mit Genehmigung zulässig.

Einigung im Erfurter Eisenbahnerstreik.

Erfurt, 21. Juni. In der Eisenbahnerangelegenheit haben die Verhandlungen heute mittag zu einer Einigung geführt. Für den Präsidentenposten ist als Beirat Regierungsrat Schütze ausersehen. Außerdem sollen dem Beirat, der beratschlagende Stimme hat, ein Arbeitervertreter angehören. Für die Dezernentenposten wird die Regierung demnächst Vorschläge machen. Die Landesjäger werden Erfurt heute noch verlassen, wenn die nötigen Abtransportmöglichkeiten geschaffen sind. Die Eisenbahnarbeiter und Beamten haben erklärt, den Dienst heute im vollen Umfange wieder aufzunehmen.

Halberstadt, 21. Juni. Eine vertrauensvolle Schicksalsgeschichte erzählte eine 27 jährige Witwe aus Quedlinburg gestern vor dem Schwurgericht, wo sie sich wegen Kindesmordes zu verantworten hatte. Nachdem ihr Mann, ein Maler, im Felde gefallen war, hatte sie mit einem russischen Kriegsgefangenen ein Liebesverhältnis angeknüpft, das nicht ohne Folgen blieb. Da sie von der kärglichen Unterstützung und dem Verdienst aus Anfertigen künstlicher Blumen nicht sich und ihre 7jährige Tochter sowie die Neugeborene durchbringen konnte, kam sie auf den Gedanken, das Kindchen zu beseitigen. Am Nachmittag des 25. April steckte sie das 12 Wochen alte Kind in eine mit Wasser gefüllte Abwaschschüssel, deckte sie mit einem Tuch zu und ließ es eine Stunde lang im Wasser liegen. Als sie wieder hinsah, war das Kind tot. Sie bekleidete es mit einem Hemd, legte es in den Wagen um es am andern Morgen im Schrebergarten zu begraben. Den Leuten sagte sie, das Kind hätte sie an andere Leute abgegeben. Vor Gericht gestand die junge Witwe ihre Tat ein. Als Entschuldigungsgrund konnte sie Not und Verzweiflung anführen. Die Geschwornen verneinten die Schuldfrage nach Mord und sprachen sie nur des Totschlages unter Versagung mildernder Umstände schuldig. Das Urteil lautete auf 8 Jahre Zuchthaus und 8 Jahre Ehrverlust.

Waltershausen, 21. Juni. Hier war seit nahezu sechs Wochen die erwachsene Tochter eines hiesigen Großindustriellen spurlos verschwunden. Alle angestellten Nachforschungen blieben ergebnislos. Nun wurde gestern die Leiche derselben in der Nähe der Stadt aufgefunden, und zwar ergab die nähere Untersuchung, daß ein Mord vorliegt. Ueber den Täter ist man ohne jeden Anhaltspunkt.

Niederdorf, 24. Juni. Der 31 Jahre alte Dampfmühlenbesitzer Heilmann hatte gelegentlich einer Zusammenkunft der Mühlenbesitzer in Dresden in einem dortigen Hotel Schweinefleisch gegessen, das von einem schwarzgeschlachteten Schweine herrührte. Alle Personen, die von dem Fleische gegessen, sind an Trichinosis erkrankt und verschiedene von ihnen gestorben. Auch Heilmann ist am Montag nach kurzem aber schweren Leiden gestorben.

Vermischtes

* **Uebler Ausgang einer Kirmes.** In Meudt (Westerwald) kam es bei der Kirmes zwischen jungen Burschen und amerikanischen Soldaten zu einer großen Schlägerei, in deren Verlauf 5 Amerikaner verletzt wurden, davon 2 so schwer, daß sie gestorben sind. Da die Täter rechtzeitig ins unbesetzte Gebiet flohen, und nicht auffindbar waren, wurden der Ortschaft Meudt 20 000 Mark Strafe auferlegt, die innerhalb vier Tagen bezahlt werden müssen.

* **Ein Aufsehen erregendes Ereignis** hat sich nachts in Herzogswalde bei Mittelwalde (Schles.) zugetragen. Eine bewaffnete Bande von acht Mann drang in das Haus des Gemeindevorstehers Ludwig ein und erpreßte von ihm unter Bedrohung mit Revolvern die Summe von 7000 Mark. Herr und Frau Ludwig nebst Sohn wurden im Keller eingesperrt gehalten. Darauf entfernten sich die Täter auf Rädern.

* **Vater, Sohn und Tochter ertrunken.** In der Oder bei Neumühl, unterhalb der Kienitzer Fähre, ertranken der Eisenbahn-Lademeister a. D. Matag, sein Sohn und seine Tochter. Letztere, die mit den Kindern aus dem Elsaß geflüchtet ist, badete mit ihnen, während Vater und Bruder am Ufer standen und den Schwimmversuchen zusahen. Plötzlich tauchte die Frau unter. Um Hilfe zu bringen, sprang der Bruder sofort ins Wasser, doch tauchte auch er sofort unter. Nun sprang auch der Vater noch in die Fluten, um Rettungsversuche zu unternehmen, doch erreichte auch ihn das gleiche Schicksal. Die Verunglückten konnten nur als Leichen geborgen werden.

* **Geheimnisvoller Doppelmord.** Eine furchtbare Tragödie ist im Eulengrunde oberhalb Wolfsau bei Krummhübel im Riesengebirge geschehen. Der in einem Berliner Geschäft angestellte 24 Jahre alte Kaufmann Kubisch hat zwei Mädchen aus Berlin, mit denen er mehrere Tage im Gebirge umhergewandert ist, erschossen. Das eine Mädchen, die 17 Jahre alte Charlotte Cordes, war sofort tot, das andere Mädchen, eine geborene Französin namens Elvira Callier, starb bald darauf. Der Täter wurde in Krummhübel verhaftet. Er gab zunächst an, die Mädchen auf ihren Wunsch wegen Familienverhältnisse erschossen zu haben. Später sagte er, daß ihn beide Mädchen heiraten wollten, obwohl er selbst verheiratet sei. Licht in die dunkle Angelegenheit wird erst die genaue Untersuchung bringen können.

Amerikanisch-deutsche Handelsbeziehungen. Eine angesehene Hamburger Firma erhielt ein direktes Telegramm einer Firma in San Franzisko mit einem festen Angebot einer größeren Menge von Lebensmitteln. Demnach scheinen sich die Handelsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten wieder anzubahnen, zumal auch Mannheimer und Bremer Firmen kürzlich ebenfalls derartige Angebote in letzter Zeit erhielten.

Schwedisches Erz für Deutschland. Die deutschen Eisenhüttenwerke erzielten mit den schwedischen Erzgruben bisherigen eine Verständigung wegen Lieferung von Erzen. Durch dieses Abkommen ist die Erzlieferung für 10 Jahre sichergestellt, so daß den rheinisch-westfälischen und oberschlesischen Hütten eine Grundlage für ihre Produktion geschaffen ist.

Die graue Frau

Roman von A. v. Hottner-Grefe.

Aber das Gefühl ihr endlich wieder einmal räumlich nahe zu sein, erfüllte ihn mit einer tiefen Ruhe.

Und so, in Gedanken an sie, ging er weiter und weiter. Er wollte nicht fahren, die rasche Bewegung tat ihm wohl. Und erst als er über den weiten Hauptplatz schritt, über den ein Netz von Tönen sich zu spannen schien, die teils von der „Rose" herüberdrangen, wo eben die Militärkapelle einen feurigen Walzer spielte, teils, halb verweht, vom Bockkeller herabklangen, wo ein Piston-Solo geblasen wurde, erst jetzt kam ihm der ganze eigenartige Zauber dieser Umgebung zum Bewußtsein. Überall Musik, überall fröhliche, sonntäglich geputzte Menschen, zwangloses Treiben. In den Vorgärtchen saßen die Älteren still beschaulich, die Jugend stand lachend, plaudernd vor den Staketen. Jubelnde Kinder spielten in den engeren Seitengäßchen und Verstecken. Und dort und dann sang eine gedämpfte Stimme irgend eine flotte Weise mit. Von unten her aber klang wie ein schwerer, tiefer Grundakkord das Rauschen des mächtigen Stromes und von den Bergen her kam manchesmal der Wind kosend und raunend und sang sein uraltes Lied dazwischen.

Kurt Gerhard war in eine schmale Gasse eingebogen und lief nun jäh bergan. Die Häuser blieben hinten ihm zurück. Zwischen Felsgehänge und wildem Gestrüpp ging es empor. Das Herz schlug ihm hoch. Dort — die kleine Villa, welche etwas abseits vom Wege stand — das mußte die Zufluchtsstätte von Paula und Nelly sein. Und dort, das Schieferdach, das sich unweit davon aus den Wipfeln alter Nadelbäume emporhob, das gehörte zu Großmamas Besitz. Eine seltsame Unruhe überkam den Wandernden. Er schritt noch rascher aus und einige Minuten später stand er schon vor der hölzernen Planke, die rings das Heimwesen umäumte. Scharf und gellend klang der Ton der kleinen Glocke durch die tiefe Stille.

Nach längerem Warten näherten sich schlürfende Schritte, ein Schlüssel wurde von innen umgedreht. Mit einem leisen Knarren drehte das Türchen sich in den Angeln.

Und nun, nach einigen erklärenden Worten, welche der Pförtner Justus nur mühsam verstand, humpelte der Alte davon während Kurt langsam zwischen ungeheuren Hecken, großen Bäumen und weiten Wiesenplätzen dem Gebäude zuschlenderte. Es war ihm, als träume er. Wie Dornröschens Schloß schien ihm das Haus, welches nun im heiden Frühlings-Sonnenschein vor ihm lag, eingebettet in das frische Grün ringsum. Es war ein ziemlich weitläufiger, sehr einfacher Bau mit einer Reihe fast blinder Fenster, hinter denen die Jalousien herabgelassen waren. Kurt dachte an die Großmutter. Hier hatte sie gelebt als Kind, hier war sie als junges Mädchen umhergesprungen, über diese Schwelle war sie — vor mehr als siebzig Jahren als blühende Braut geschritten. Als glückliche junge Frau hatte sie hierher ihre Kinder geführt. Kurt entsann sich noch genau, wie oft sein Vater früher von dem Hause am Gipfel des „Nußberges" gesprochen hatte, als wie von einem Paradies. Aber die Kinder waren gestorben, nur Anselm blieb übrig und bald hatte der „einzige Gerhard" keine Zeit mehr für Kindertäumereien. Er kam nur mehr selten heraus. Erst als Kurts Großvater hier plötzlich starb, holte der Sohn den Toten heim nach der Stadt. Von diesem Moment an stand das Landhaus während des größten Teils des Jahres völlig leer. Nur die Großmutter bewahrte dem kleinen Besitz eine zähe Anhänglichkeit. Herr Anselm liebte in seinen späteren Jahren das Landleben überhaupt nicht. Er fand jede Minute, welche er fern vom Geschäfte zubrachte, verschwendet. Seine schöne, junge Frau aber war nur ein einzigesmal, gleich im Anfang ihrer Ehe, hier herausgekommen. Sie war wie ein scheues Reh durch die dunklen Gartengänge gelaufen; die Zimmer fand sie allmählich und unbehaglich. Und als sie an eines der Fenster trotzend, den herrlichen Ausblick über Strom und Stadt plötzlich vor sich hatte, da entzückte sie dieses wundervolle Bild keineswegs. Frau Angela hatte niemals die großen Wasserflächen geliebt; sie fürchtete sich beinahe vor diesem ewigen, gleichmäßigen Dahingleiten, vor diesem Rauschen und Murmeln der Wellen, das nie ein Ende hatte.

Und Herr Anselm war damals ein junger Ehemann, der sein Weib vergötterte. Er baute ihr in einem der eleganten Villenorte, die sich knapp an der Grenze Wiens befinden, ein molliges, reizendes Nest, wo herrliche Blumen blühten und der Wald zu den Fenstern hereinlugte.

Hier fühlte sie sich glücklich, hier wuchsen die drei Kinder empor.

Das alte Haus am Nußberg stand verlassen. Nur im Hochsommer wurden einige Zimmer ein wenig instand gesetzt. Frau Magdalene zog für ein paar kurze Wochen heraus, nur von einer Dienerin begleitet. Dann ging die stolze, alte Frau wieder durch die Räume, die einst ihr Jugendglück gesehen, dann schlich sie durch die schmalen, von Gras überwucherten Gänge, dann glitt sie umher, wie ein lebendig gewordener Schatten aus längst vergangener Zeit.

Wenn der Frühherbst kam, begann die alte Frau hier draußen zu frösteln. Dann kehrte sie wieder heim.

Und das alte Haus versank neuerlich in seinen tiefen Schlaf.

Fast zögerte Kurt ein wenig, als er nun endlich vor dem Tor stand. Der Pförtner hatte ihm einen Bund Schlüssel gereicht und war dann widerwillig dem Befehle des neuen Gebieters nachgekommen, der ihm winkte, zurückzubleiben. Ärgerlich schlich er fort. Und mit einem leisen Gefühl des Grauens hörte Kurt, wie allmählich die Schritte verhallten, schwächer, immer schwächer wurden. Dann sperrte er auf, trat über die Schwelle und warf mit einem jähen Ruck den schweren Torflügel hinter sich zu. Ein lautes Krachen folgte. Und nun stand er allein in seinem neuen Besitztum.

Es dauerte lange, ehe er zu jeder Tür den rechten Schlüssel fand, aber endlich hatte er doch alle die großen und kleinen Zimmer eröffnet, hatte die Jalousien auf-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119190624-15/fragment/page=0003

gestoßen, die Fenster weit aufgemacht und ging nun mit einer sonderbaren Art von Neugierde, welche ihm beinahe kindisch erschien, von Gemach zu Gemach. Staub lag überall, und eine dumpfe Luft schlug ihm allerorten entgegen. Zu großen Mittelraum standen steif und gerade die gelben Damastmöbel, auf welche Großmutter so stolz gewesen; dazwischen schöne, eingelegte Kasten und ein Spinett mit dünnen Beinen, auf dessen Deckel eine Schäferszene gemalt war.

Kurt mußte lächeln über diese naive Pracht, die so sehr abstach gegen die moderne Eleganz. Aber er fühlte sich doch heimisch hier. — Da waren kleine Zimmer für Gäste, dann behagliche Wohnräume, ausgestattet mit dünnbeinigen Geräten und bequemen Stühlen, in denen es sich gut träumen ließ von alten Zeiten. Wieder mußte er an die eigenartige alte Frau denken, die hier so gerne gelebt hatte. Und wieder fuhren ihm ihre letzten, unverständlichen Worte durch den Sinn: „Es kann jemand anderer — ich erinnere mich — da war eine Tür — sieh nach — Großvaters Schreibtisch!" Was war der Sterbenden damals in ihrem letzten Augenblicke wohl durch den Sinn gefahren? Irgendeine unklare Erinnerung, ein Bild aus längst vergangenen Tagen? Oder doch ein klarer Gedanke, den sie nur nicht mehr in die richtige Form zu bringen vermochte? — Eines war sicher: ihm, den jungen Erben, quälten diese eigentümlichen Worte, ihn regte die Idee auf, daß die Greisin noch etwas hatte aussprechen wollen, das sie damals als ewiges Geheimnis mit hinübernehmen mußte in jenes große Land, das so unendlich viel Wirklichkeit schon verschlungen hat.

Fortsetzung folgt.

Letzte Nachrichten.

Ablehnung des Antrages einer weiteren Fristverlängerung.

Weimar, 23. Juni. Auf eine von der deutschen Regierung an die Entente gerichtete Note, in der unter Hinweis auf die Bildung der neuen Regierung und die Notwendigkeit nochmals die Nationalversammlung zu befragen um eine weitere Fristenverlängerung für die Unterzeichnung des Vertrages von 48 Stunden gebeten wurde, ist folgende Antwort eingegangen:

Herr Präsident! Die alliierten und assoziierten Regierungen haben die Ehre den Empfang Ihrer Mitteilung vom 23. Juni zu bestätigen. Nach einer gründlichen Prüfung Ihrer Bitte bedauern sie, daß es ihnen nicht möglich ist, Ew. Exzellenz die schon bewilligte Frist zu verlängern, um sie Ihre Entscheidung bezüglich der vorbehaltlosen Unterzeichnung des Vertrages wissen zu lassen.

Genehmigen Sie usw.

Clemenceau, Präsident.

Das Kabinett ist mittags zu einer neuen Besprechung zusammengetreten.

Betrifft: **Festsetzung der Schulferien.**

Die Schulvorstände im hiesigen Kreise ersuche ich ergebenst, die Beschlüsse, betreffend Beginn und Dauer der diesjährigen Sommer- und Herbstferien mir baldigst durch die Hand des zuständigen Herrn Kreisschulinspektors zur Genehmigung einzureichen. In den Beschlüssen bitte ich auch genau anzugeben, wieviel Tage insgesamt für die Sommer- und Herbstferien zur Verfügung stehen und an welchem Tage der Schulschluß und die Wiederaufnahme des Unterrichts stattfindet.

Weißenfels, den 21. Juni 1919.

Der Landrat. Bartels.

Für die städtische Verwaltung und für die hiesigen Schulen werden 139 000 Stück Naßpreßsteine und 1450 Zentner Briketts gebraucht. Die Anfuhr dieses Brennmaterials soll im Submissionswege vergeben werden.

Angebote auf die ganze oder teilweise Menge erbitten wir bis zum **30. Juni d. Js.** Die Submissionsbedingungen liegen im Stadtsekretariat zur Einsichtnahme aus und müssen vor Abgabe eines Angebotes durch Unterschrift anerkannt werden.

Teuchern, den 23. Juni 1919.

Der Magistrat. Zimmermann.

Freiwillige Versteigerung.

Am **24 Juni d. Js.** nachmittags 4 Uhr versteigere ich im hiesigem Krankenhaus Naumburger-Straße Nr. 14 meistbietend gegen sofortige Bezahlung:

6 eiserne Bettstellen mit Drahtmatr. und dreiteil. Auflegematratzen, **5 eiserne Bettstellen** (Militär), **2 hölz. Bettstellen, 1 Federbett, 1 Tisch, 1 Küchenschrank** und andere **Wirtschaftsgeräte**, sowie auch **Kleidungsstücke.**

Schlehahn, Polizeiwachtmeister.

Bekanntmachung.

Das im Hause Weissenfelserstr. Nr. 7 lange Jahre bestehende

Lebensmittel-Geschäft

bin ich willens weiter zu führen.

Und empfehle alle Sorten

Fischwaren, geräucherte Heringe, Salzheringe, Bücklinge, Schellfisch sowie frische Kirschen und Erdbeeren, grüne Ware usw.

Es wird mein Bestreben sein für frische Ware stets zu sorgen

Kurt Rupsch,
Weissenfelserstr. 7.

Allen werten Vereinen stelle ich den

: : : Schützensaal : : :

den ich pachtweise übernommen habe, jederzeit zur Verfügung.

Hochachtend

E. Schirmer.

Ein Trauring (Inschrift Minna) gefunden worden. Abzuholen gegen Erstattung der Unkosten.

Baderstr. 1.

Ein fast neuer

Bresch-Wagen

steht zu verkaufen

O. Arnold,
Schützenstr. 25.

Ein Satz

guterhaltener Räder

mit Achsen und Federn zu einem Tafelwagen passend, billig zu verkaufen

Richard Schaarschmidt,
am Markt.

Ein

Aschenkübel

zu verkaufen.

Schortauerstr. 10.

Schöner **Zucht-Rammler** zu verkaufen gegen Hühner oder Enten zu vertauschen **Gartenstr. 8a.**

3—4 Zimmerwohnung

zum 1. Aug. oder 1. Okt. 1919 zu mieten gesucht. **Gefl.** Angebote an die Exped. dieses Blattes.

Josef Dirbach,
Betriebsführer
in Wildsmütz b. Deuben.

---

2 Geschirrführer,

davon einen zum Rangieren, und einen Ochsenknecht stellt sofort ein

Landmann, Runthal.

Echten Kautabak

Kein Ersatz, liefert stets frisch in großen Rollen

Probesendung u. Preisliste Mk. 3,50

gegen Nachnahme

C. Bareiter, Bensheim (Hessen.)

Stroh verkauft **Julius Munkelt**

Beamtenvereinigung

Teuchern u. Umgegend.

Mittwoch, den 25. Juni
abends 8 Uhr
Bertholds Restaurant

Sitzung

des Beamtenausschusses

Alle Mitglieder haben Zutritt.

Der Vorstand.

Vereinigter Turnverein E. V. D. T.

Monatsversammlung

Mittwoch, den 25. Juni
Norddeutscher Hof.

Tagesordnung:

1.) Mitgliederbeitrag.
2.) Bezirksturnfest in Osterfeld 20. Juli.
3.) Verschiedenes.

Turner und Spiel-Abt. erscheinen.

Der Turnrat.

„Fidelio"

Fidelio Teuchern

Mittwoch, den 25. Juni

Versammlung.

Das Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist dringend erforderlich.

Der Vorstand.

Verein für Obst- u. Gartenbau

Mittwoch, den 25. Juni.

Versammlung.

Der Vorstand.

9000 Mark

auf sichere Hypothek p. 1. Juli auszuleihen.

Wo, zu erfragen in der Expedition.

Achtung.

Warne hiermit jeden vor unerlaubtem Betreten meines Garten und Feldgrundstückes, da ich

Selbstschüsse

gelegt habe.

Otto Kohlrausch,
Trocknungsfabrik.

Achtung!

ff. Vollheringe Lachsheringe saure Schollen und Schollen in Gelee

empfiehlt

M. Dittmann.

Schützensalon.

W. Billes Theater.

Mittwoch 25 Juni wird aufgeführt

Ein verlornes Leben

oder

Der Fluch der Verstossenen

Schauspiel in 5 Akten, nebst einem Vorspiel in 1 Akt.

Es ladet frdl. ein **W. Bille.**

Lichtspiele „Weiße Wand"

Dienstag, den 24. und Mittwoch, den 25. Juni

Carola Töelle

Das Lied der Colombine

Drama in **4** Akten.

Dazu brillantes

Beiprogramm.

Um recht zahlreichen Besuch bittet . . . .
. . . . . **W. HÜHN.**

Teuchern.

. ˙ . Schützen-Saal . ˙ .

Sonnabend, den 5. Juli, abends 6 Uhr

Grosser

.. Eröffnungs-Ball ..

Wozu freundlichst einlade.

E. Schirmer.

Suche für 1. Juli anständiges fleißiges

Mädchen

im Geschäftshaushalt.

Frau **Gertrud Jürgens,**
Bad-Kösen Schmettaustr. 2.

---

3 Zimmer-Wohnung

wird von junger Ehepaar mit einem Kind bald oder 1. 10 1919 möglichst Zentrum der Stadt gesucht. Offerten in der Exp. d. Zeitung niederzulegen.

Die

Buchdruckerei

von

O. Lieferenz

Teuchern

empfiehlt sich zur

Anfertigung von

Druck-Sachen

für Behörden,
Geschäfts- und
Privat-Bedarf.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unserer teuren Entschlafenen sagt innigsten Dank im Namen aller Hinterbliebenen.

Ernst Falke.

Schelkau, d. 23. Juni 1919.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Lieferenz Teuchern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119190624-15/fragment/page=0004

Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend

Anzeigenpreis: Die fünfgespaltene Korpuszeile 20, Reklamezeile 80 Pf.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitzerstraße 10 bis spätestens vormittags 10 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 1,60 Mk. von unseren Boten ins Haus gebracht 1,75 Mk und durch den Briefträger 1,74 Mk.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitzerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 73. | Dienstag, den 24. Juni 1919 | 58. Jahrgang

Das kommende Kabinett.

Die Schwierigkeiten der Kabinettsbildung.

Am Freitag beauftragte der Reichspräsident den Abg. Dr. David mit der Bildung eines Ministeriums. David lehnte jedoch unter Berufung darauf ab, daß eine zweifelsfreie Mehrheit für die bedingungslose Annahme des Friedensvertrages in der Nationalversammlung nicht vorhanden sei, und unter Berufung auf seine schwache Gesundheit. Um die Bildung eines Kabinetts zu ermöglichen, das, gestützt auf die jetzige Regierungskoalition, dem Vertrag die Unterschrift hätte geben können, wurde eine

Note an die Entente

entworfen, in welcher sechs Bedingungen als unerfüllbar und unerträglich bezeichnet wurden und die Erklärung abgegeben wurde, daß, wenn die Entente in diesen Beziehungen entgegenkomme, sich in der Nationalversammlung eine Mehrheit für die Unterzeichnung finden werde. Diese Note wurde Freitag nachmittag von einem engeren Ausschuß des geschäftsführenden Kabinetts ausgearbeitet und dem interfraktionellen Ausschuß vorgelegt.

Das Zentrum war einverstanden damit, daß die von den Demokraten geäußerten Wünsche in einer Note aufgenommen würden. Die Sozialdemokraten lehnten abends in einer Sitzung ihre Zustimmung zur Absendung der Note ab.

Die voraussichtlichen neuen Minister.

In der Nacht zum Sonnabend fand bis gegen 3 Uhr morgens eine inoffizielle Besprechung beim Reichspräsidenten Ebert in Sachen der Kabinettsbildung mit führenden Politikern statt. Der mehrheitssozialistische Führer Hermann Müller schied als Kandidat für die Ministerpräsidentschaft aus; seine Berufung wäre auch auf Widerstand bei seiner Fraktion gestoßen. Die Wahl fiel nun auf den bisherigen Reichsarbeitsminister Bauer. Derselbe hat die Kabinettsbildung übernommen und eine Ministerliste zusammengestellt. Ueber die Zusammensetzung des Kabinetts weiß ein Berliner Mittagsblatt zu berichten:

Das Ministerpräsidium übernimmt der bisherige Arbeitsminister Bauer.
Noske als Reichswehrminister,
Erzberger als Reichseisenbahnminister,
Rechtsanwalt Sinzheimer (Soz.) als Reichsarbeitsminister,
Dr. Preuß als Reichsinnenminister,
Robert Schmidt als Ernährungsminister,
Wissel als Reichswirtschaftsminister,
Giesberts als Reichspostminister,
Dr. David als Minister ohne Portefeuille,
Kolonialminister Dr. Bell,
Unterstaatssekretär Dr. Delbrück, der bisher dem Reichsjustizministerium angehörte, soll dieses Ministerium leiten, ohne jedoch das Ministerium zu übernehmen.

Halbamtlich wird diese Meldung als verfrüht bezeichnet, doch scheint es, daß im großen ganzen mit einem solchen Kabinett gerechnet werden kann. Das Reichsschatzamt soll nach einer Meldung der „Germania" Dr. Mayer-Schwaben übernehmen.

*

Die Demokraten haben als Fraktion den Eintritt in die Regierung abgelehnt, dagegen werden, wie zuverlässig verlautet, demokratische Politiker in die Regierung eintreten. Die Fraktion hat zwar beschlossen, daß sich jedes ihrer Mitglieder außerhalb der Fraktion stellt, das gegen den Fraktionsbeschluß selbständig in die Regierung eintritt. Aber trotz dieses Beschlusses wird auch mit Mitgliedern der demokratischen Fraktion verhandelt, und es kann als wahrscheinlich angenommen werden, daß auch Demokraten in die Regierung eintreten werden. Es steht fest, daß der bisherige demokratische Reichsinnenminister Dr. Preuß, der nicht Mitglied der Nationalversammlung ist, dieses Amt auch in der neuen Regierung ausfüllen wird.

Minister Bauer, der künftige Ministerpräsident, gehörte schon dem Kabinett des Prinzen Max als Arbeitsminister an. Er trat damals mit Scheidemann zusammen als erster sozialdemokratischer Minister in die Regierung ein und leitete das neugegründete Reichsarbeitsamt. Vorher saß er mit Legien zusammen im Vorstand der Generalkommission der freien Gewerkschaften. Er ist gegen den radikalen Flügel in seiner Partei und in der Gewerkschaftsbewegung stets mit großer Schärfe vorgegangen und hat noch auf dem Weimarer sozialistischen Parteitag eine Rede gegen die Radikalisierung der Angestelltenbewegung gehalten, die berechtigtes Aufsehen erregt hat. Dem Reichstag gehörte er als Vertreter von Breslau seit 1912 an.

Kampf um Unterzeichnung oder Ablehnung.

Die politische Lage war am Freitag immer verworrener geworden. Im Laufe des Nachmittags trat wieder der interfraktionelle Ausschuß zusammen und die Demokraten hatten inzwischen sich bereit erklärt, die Koalitionspolitik mitzumachen, wenn der Ausschuß sich auf folgende Formel einigen würde.

Die Unterzeichnung des Friedensvertrages kann nur dann erfolgen, wenn folgende sechs Punkte nach der Unterzeichnung der Entente nahegelegt werden:

1. Danzig, Westpreußen und der Netzedistrikt unterstehen auf zwei Jahre dem Völkerbund.
2. Allgemeine Revision des Friedensvertrages nach zwei Jahren.
3. Der Entschädigungsbetrag wird innerhalb der von der Entente vorgesehenen Frist von einer unparteiischen Stelle festgesetzt.
4. Vom 1. Februar 1920 ab kann Deutschland Anspruch darauf erheben, in den Völkerbund aufgenommen zu werden.
5. Deutschland lehnt das Schuldbekenntnis und
6. die Auslieferung verantwortlicher Männer ab.

Ferner werden eine Volksabstimmung in Kehl, besondere Zollbestimmungen für die Rheinprovinz und besondere Bestimmungen über die Rheinschiffahrt gefordert. Nebenher läuft eine Erklärung, daß wir nur unter Zwang und Protest unterzeichnen.

ren, tose es, was es wolle.

Die Stellung der preußischen Landesversammlung zum Friedensvertrag.

Alle Fraktionen der preußischen Landesversammlung nahmen am Freitag Stellung zu den Friedensbedingungen. Die Stimmung unter den preußischen Fraktionen ist die gleiche wie in Weimar. Sozialdemokraten und Zentrum sind in ihrer Mehrheit für die Unterzeichnung, die Unabhängigen ausnahmslos für Unterzeichnung, Demokraten und Rechte gegen die Unterzeichnung. Es wird bei den Befürwortern des Unterzeichnungsgedankens geltend gemacht, daß bei einer Weigerung die Entente unbedingt das Ruhrrevier und Teile von Süddeutschland besetzen würde, und zwar nach Aufhebung des Waffenstillstandsvertrages. Die neuen Gebiete würden also besetzt werden nach Wiedereröffnung des Krieges, ständen also völlig unter Kriegsrecht und wären von Deutschland gänzlich abgeschlossen. Dies müsse unbedingt zur wirtschaftlichen Krisis führen, da nach den neuesten Meldungen auch die Polen den Vormarsch antreten werden. Man ist deshalb für die Unterzeichnung und will den Versuch machen, noch einige Abänderungen herbeizuführen.

Nachmittags fand zwischen Vertretern der preußischen Regierung und den Vertretern der Regierungsparteien eine eingehende Besprechung der Lage statt. Für den Fall, daß die Demokraten vollständig aus dem Reichskabinett ausscheiden, dürfte auch die preußische Demokratie ihre Vertreter in der preußischen Regierung zurückziehen.

Die bayerische Regierung

beschloß, daß sie nur einer bedingten Annahme des Friedensvertrags zustimmen könnte.

Das badische Volk für die Unterzeichnung.

Die badische Arbeiterschaft ist mit anderen weiten Kreisen der badischen Bevölkerung der Auffassung, daß eine Unterzeichnung des Friedensvertrages aus zwingenden Gründen notwendig geworden sei. In diesem Sinne haben sich die sozialdemokratische Landtagsfraktion, die Landeszentrale der badischen Gewerkschaftskartelle und die Landeszentralstelle der Arbeiter-, Bauern- und Volksräte Badens an die sozialdemokratische Fraktion der deutschen Nationalversammlung in Weimar telegraphisch gewandt.

Sprengung des Mehrheitsblocks.

Wie in Weimar von Stunde zu Stunde die Bilder kaleidoskopartig wechseln, erhellt die Tatsache, daß in dem Augenblick, wo der Regierungsblock gefestigt schien, Ereignisse eintraten, die ihn endgültig gesprengt zu haben scheinen. Im letzten Augenblick zogen die Sozialdemokraten ihre Zustimmung zu dem demokratischen Antrag zurück und stellten sich auf den Standpunkt, daß bedingungslos unterzeichnet werden müßte. Das Zentrum erklärte, auf seinem alten Standpunkte bleiben zu müssen, der nur einige ehrenrührige Stellen des Vertrages aufgehoben haben möchte, während die Demokraten auf ihrem Standpunkte stehen bleiben. Damit kann der Block endgültig als gesprengt angesehen werden.

*

Erzbergers Fühlungnahme mit der Entente?

Reichsminister Erzberger hat bereits, wie der Weimarer Vertreter der „Köln. Ztg." hört, mit der Entente Fühlung genommen durch eine Anfrage in Versailles, wie sich der Verband hinsichtlich einer Nachgiebigkeit in den bekannten Punkten stelle würde, welche die Ehre der deutschen Nation antasten. Daraufhin habe die Entente einstweilen unverbindlich durchblicken lassen, daß sie einem Nachgeben in dem Ehrenpunkt nicht abgeneigt sei. Aufgrund dieser Fühlungnahme sei jetzt ein offizieller Schritt in dieser Richtung unternommen worden. Man hofft, bis Montag eine Antwort des Verbandes zu haben, und dann erst will man ein Kabinett bilden, dem auch die Demokraten wieder angehören können.

*

Kein Ultimatum?

Nach einer Mitteilung des Oberst House ist der den Deutschen gestellte Termin bis 24. Juni in keiner Weise als Ultimatum aufzufassen, und man müsse daraus nicht schließen, daß die Verhandlungen abgebrochen würden. Von Deutschland erwartet man eine befriedigende Antwort, die jedenfalls Anlaß zu weiteren Verhandlungen bieetn wird.

*

Die neuen Kriegsvorbereitungen der Entente.

Die militärischen und maritimen Vorbereitungen der Alliierten für die Fortsetzung der Kriegshandlungen sind nach einer Pariser Drahtmeldung vollendet. Foch hat 750 000 Mann bereitstehen, die am Dienstag früh vom Rhein aus vorrücken werden. Die Armeen sind bereits auf dem Wege nach den Konzentrationslagern. Die Amerikaner werden in einer Front von 37 Meilen in der Richtung auf Kassel vorrücken. Dienstag beginnt die englische Kavallerie eine Bewegung östlich des Rheines. Auch die Belgier bei Düsseldorf und die Franzosen bei Mainz sind bereit. In den drei Hauptbrückenköpfen, Köln, Koblenz, Mainz, stehen die alliierten Vorposten 20 Meilen östlich des Rheins. Es wird leicht sein, in ein paar Stunden Frankfurt, Essen und das ganze rheinisch-westfälische Industriegebiet zu besetzen.

Ein englisches Geschwader von neun bis zwölf leichten Kreuzern und einer Anzahl Torpedoder starken englischen Seemacht anschließen, die sich jäger ist in Kopenhagen eingetroffen und wird sich bereits in der Ostsee befindet. Wenn die Deutschen nicht sofort unterzeichnen, wird die Flotte eine sehr scharfe Blockade der deutschen Küste beginnen und die Nahrungsmittelzufuhr stillegen.

Auch die Luftstreitkräfte der Alliierten sind bereit und mit großen Bombenwerfzeugen versehen, die im vergangenen Jahre in England für ein Bombardement von Berlin gebaut worden sind. Sie können die Entfernung vom Rhein nach Berlin in vier Stunden zurücklegen und werden je 500 Kgr. Bomben mit sich nehmen. Auch sämtliche großen Kriegsschiffe haben ein bis zwei Flugzeuge an Bord und diese würden die Städte Deutschlands leicht angreifen und bombardieren können. Die verbündeten Regierungen haben Marschall Foch alle Vollmachten erteilt, damit er von Montag abend 7 Uhr an allein verfügen kann. Foch habe auch den Oberbefehl über die tschecho-slowakische, die rumänische und die polnische Armee erhalten.

Abgeschlagener polnischer Angriff.

Abgeschlagener polnischer Angriff.

In der Nacht zum 19. d. Mts. griffen starke polnische Kräfte (etwa 600 Mann) mit Panzerkraftwagen die in vorderster Linie liegenden zwei Kompagnien des aus Eisenbahnern bestehenden Bataillons Bromberg bei Netzwalde an. Der Angriff wurde durch die wachsamen Verteidiger unter großen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119190624-15/fragment/page=0005